

Einwendung!

gegen den Braunkohlenplan „Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II und Änderung im räumlichen Teilabschnitt I“

An die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
Referat GL 4
Gulbener Straße 24
03046 Cottbus

Ich widerspreche dem Vorhaben der Landesregierung Brandenburg, einen Braunkohlenplan für einen neuen Tagebau Welzow-Süd Teilfeld II aufzustellen.

- Mindestens 810 Lausitzer müssten für Welzow II wie vor Ihnen 30.000 Menschen aus 167 Dörfern ihre Heimat verlassen. Mit dem Ort Proschim würde die Auslöschung des Lausitzer Volkes weiter vorangetrieben und internationales Völkerrecht mit Füßen getreten. Wertvolles Kulturgut würde weiter vernichtet. Das Siedlungsgebiet der Wenden/Sorben ist zudem durch die Verfassung Brandenburgs besonders geschützt.
- Der geplante Tagebau ist mit den Zielen des Klimaschutzes unvereinbar. Mit der Verstromung von geplanten 204 Mio. t Braunkohle würde die gleiche Menge CO2 in die Atmosphäre freigesetzt.
- Welzow II ist energiepolitisch nicht erforderlich. Das Gutachten des Brandenburgischen Wirtschaftsministeriums zu seiner Begründung ist intransparent und blendet wesentliche Fragestellungen aus. Der Planentwurf ignoriert das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, nach dem der Tagebau nicht mehr gebraucht wird.
- Ein Tagebau ist der massivste mögliche Eingriff in die Umwelt. Er würde geschützte Biotope und Tierarten und sogar ein Europäisches Schutzgebiet beeinträchtigen.
- 865 ha Landwirtschaftsfläche würden vernichtet und damit Existenzen gefährdet, ohne langfristig Alternativen zu schaffen.
- Ein neuer Tagebau würde durch Entwässerung tiefer Schichten und Versauerung den Zustand des Grundwassers weiter verschlechtern sowie zum Eintrag von Sulfat in die Oberflächengewässer führen, der bis nach Berlin wirkt und dort die Trinkwasserversorgung bedroht. Die Lösung der Probleme darf nicht auf nachgeordnete Verfahren verlagert werden.

Ich fordere die Landesregierung auf, einen Planentwurf für den Verzicht auf das Teilfeld II vorzulegen.



**European Free Alliance
European Political Party**

Boomkwekerijstraat 1 - B - 1000 Brussels
T 00 32 2/513.34.76 T 00 32 2/513.48.51
F 00 32 2/513.34.25

Vor- und Zuname (Durchklammern) PLZ/Ort Straße, Hausnummer

European Free Alliance, European Political Party
Brüssel 10/09/2013
Ort/ Datum Unterschrift

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich vollumfänglich der im Verfahren eingehenden Stellungnahme der Umweltverbände GRÜNE LIGA, Deutsche Umwelthilfe und BUND an. Ich widerspreche ausdrücklich der Weitergabe meiner persönlichen Daten an Dritte.

*Günther Dammann
Director EFA*